

INTERGLOBAL

BELGIEN

Kuck' mal, wer da spricht

Tobias Müller

Der Konflikt in Belgien wird meist als Streit zweier homogener Gruppen dargestellt - Frankophone gegen Flamen. Eine genauere Betrachtung ergibt jedoch ein komplexeres Bild.

Der Plot war viel versprechend, das Medienaufgebot entsprechend groß: Kamerateams aus halb Europa drängten sich Anfang September im flämischen Parlament, angetrieben vom voyeuristischen Kitzel, der Implosion Belgiens beizuwohnen. Schließlich stand eine historische Entscheidung an: Auf Antrag der stärksten Partei, des rechtsextremen Vlaams Belang, würden die Abgeordneten über ein Referendum zur Unabhängigkeit Flanderns abstimmen. Der Antrag scheiterte jedoch auf ganzer Linie. Keine der anderen Parteien fand sich bereit, das Anliegen der Separatisten zu unterstützen. Dennoch blieb aus medialer Perspektive, zumal im Ausland, ein anderer Eindruck: „Die Flamen“ hatten über ihre Unabhängigkeit abgestimmt. Das Ergebnis war dagegen zweitrangig.

Überraschen kann es nicht, dass sich auch innerhalb Belgiens eine zunehmend stereotype Sichtweise auf die jeweils andere Sprachgruppe einstellt. Schließlich sind nicht nur alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchgängig zweigeteilt, und selbst in

den Medien finden sich kaum Nachrichten von jenseits der Sprachgrenze. Die Klischees, die schon lange die Stammtische beherrschen, finden auch Eingang in die Politik: „die faulen Wallonen“, die das Geld aus dem internen Finanztransfer verjubeln, stehen gegen „die xenophoben Flamen“, die die belgische Föderation lieber gestern als heute verlassen würden.

Doch die gesellschaftliche Realität ist komplexer und lässt sich nicht allein entlang der Zugehörigkeit zur wallonischen oder flämischen Sprachgruppe analysieren. Die ersten getroffenen Abkommen der aktuellen Verhandlungen illustrieren dies. So waren es im Bereich Migration die wallonischen Christdemokraten (CDH), die sich mit ihrer Forderung nach einer Regularisierung von Sans Papiers sowohl von ihrer flämischen „Schwesterpartei“ CD&V als auch von den liberalen Open VLD und Mouvement Reformateur deutlich unterschieden. Unterstützung fanden sie bei den grünen Parteien Groen! und Ecolo, sowie den sozialistischen SP-a/ spirit und PS. Das für 2008 angedachte GreenCard-System zur Anwerbung von Arbeitsmigranten stieß dagegen auf die Kritik der beiden Letzteren.

Pikanterweise liegen flämische wie frankophone Sozialisten hier eher in der Nähe des Vlaams Belang, der

erst den „eigenen“ Arbeitslosen zu einer Tätigkeit verhelfen will. Auch bei der Übereinkunft im Justiz-Ressort stach die CDH heraus, die sich vor allem mit den flämischen Liberalen um die Altersgrenze des Jugendstrafrechts stritt. Anlässlich der jüngsten Eröffnung des parlamentarischen Jahres wiederum warnten sozialistische und grüne Fraktionen aus Wallonien und Flandern unisono vor einem bevorstehenden Rechtsruck.

Die Amalgam-Funktion des flämischen Nationalismus macht sich bis in die radikale Linke bemerkbar.

Doch je mehr sich die aktuellen Verhandlungen erneut den heiklen Themen nähern, bringen sich die Akteure wieder entlang des üblichen Frontverlaufs in Stellung. Rhetorische Belege finden sich etwa in dem Appell „wir alle auf flämischer Seite“ (so der dortige Innenminister Marino Keulen) oder bemühen den Verweis auf die „frankophone Linie“, die die wallonischen Parteien bezüglich der umstrittenen Staatsreform einnehmen. Der Politologe Marc Spruyt, Ver-

fasser mehrerer Bücher über die flämische Extreme Rechte, fasst dieses Phänomen für den nördlichen Landesteil wie folgt zusammen: „Was sie verbindet, ist die Forderung: weniger Belgien, mehr Flandern. Die zentrale Bruchstelle verläuft zwischen denen, die den belgischen Staat reformieren, und denen, die ihn liquidieren wollen. Die Konföderalisten, z.B. die Christdemokraten, wollen im Rahmen des belgischen Staats mehr Autonomie. Die Separatisten sind dagegen für ein unabhängiges Flandern.“

Bestes Beispiel für die Überschneidungen zwischen Reformern und Liquidateuren sind die flämischen Christdemokraten. 2001 aus der Konkursmasse der CVP hervorgegangen, akzentuiert die CD&V den flämischen Aspekt wesentlich stärker. Unter dem Vorsitz des möglichen künftigen Premiers Yves Leterme, für den Belgien „keinen Wert an sich“ darstellt, bilden sie seit 2004 ein Wahlkartell mit der separatistischen Neu-Flämischen Allianz (N-VA). Diese Verbindung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die christdemokratische Agenda: die Kampagne, mit der sie die Wahlen im Juni deutlich gewann, stand eindeutig im Zeichen der anvisierten Staatsreform, die sozial- und fiskalpolitische Befugnisse auf die regionale Ebene verlagern will. Diese Forderung ist